



Antrag

der Abgeordneten **Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Christine Kamm, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Verena Osgyan, Katharina Schulze, Kerstin Celina, Dr. Sepp Dürr, Markus Ganserer, Ulrich Leiner, Dr. Christian Magerl, Jürgen Mistol, Thomas Mütze, Gisela Sengl, Claudia Stamm, Rosi Steinberger, Martin Stümpfig** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Dublin-Überstellungen nach Ungarn aussetzen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich im Bund dafür einzusetzen, dass Überstellungen von Asylsuchenden nach Ungarn unbefristet auszusetzen sind.

Begründung:

Die neusten Medienberichte haben die Untersuchungen von Menschenrechtsorganisationen bestätigt, die seit Jahren die unrechtmäßigen Abschiebungen aus Ungarn und Slowakei in die Ukraine bemängelt haben. Mit den Abschiebungen in die Ukraine wird gegen das Verbot der Zurückweisung der Asylsuchenden und damit gegen das Herzstück des internationalen Flüchtlingsrechts verstoßen.

Im Fall von Ungarn kommt erschwerend dazu, dass sich Gerichte in verschiedenen Entscheidungen in den letzten Jahren schon gegen Abschiebungen nach Ungarn ausgesprochen haben. Kürzlich hat auch das Verwaltungsgericht Berlin Anfang des Jahres 2015 systemische Mängel im ungarischen Asylsystem festgestellt: Die Praxis in Ungarn, Asylbewerber und hier insbesondere die im Dublin-Verfahren überstellten Personen nahezu ausnahmslos in Haft zu nehmen, verstoße gegen das in Art. 6 der EU-Grundrechtscharta festgeschriebene Recht auf Freiheit. Aktuelle Berichte insbesondere des UNHCR, von Pro Asyl und auch des Auswärtigen Amtes belegten, dass Ungarn Asylbewerber ohne Angabe von Gründen zum Teil bis zu sechs Monate inhaftiere, ohne dass dies tatsächlich notwendig sei, schreibt das Verwaltungsgericht Berlin in seiner Begründung.

Anerkannte Flüchtlinge stehen in Ungarn vor dem Nichts. Viele sind von Obdachlosigkeit betroffen. Die bestehenden Integrationshilfen sind minimal, größte Probleme bestehen für Ausländer und Ausländerinnen weiterhin beim Zugang zum Arbeitsmarkt in einem Land mit hoher Arbeitslosigkeit und einer national orientierten Regierung.

Gegenwärtig plant die Regierung in Budapest sogar noch, das bestehende Inhaftierungsregime nochmal drastisch zu verschärfen und ausnahmslos jede Asyl-antragstellerin und jeden Asylantragsteller zu inhaftieren.

Ungarn verstößt auf mehreren Ebenen gegen die Rechte der Asyl- und Schutzsuchenden. Darum müssen Dublin-Überstellungen nach Ungarn auf unbefristete Zeit ausgesetzt werden.